

# Letzte Hoffnung: Kündigung

**Flüchtlingsunterkunft** Regierung will für Verbesserungen in Rieden sorgen, von einer Auflösung des Mietverhältnisses ist derzeit aber keine Rede. Unterschriftenliste für Ministerin angekündigt

VON DIETER KAUFMANN  
UND KATHARINA GSÖLL

**Rieden** Einen Aufnahmestopp für die Asylbewerberunterkunft in Rieden und eine geringere Belegung als bisher hat die Regierung von Schwaben zugesagt. Das teilte Bürgermeisterin Ingeborg Weiß bei der letzten Sitzung des Gemeinderates in diesem Jahr mit. Außerdem sollen der Hausmeisterdienst und der Psychosozialdienst aufgestockt werden. Die Diskussion um die umstrittene staatliche Flüchtlingsunterkunft ist damit aber nicht beendet.

Die Gemeinde fordere weiterhin einem baldigen Schließungstermin und erwarte die Kündigung des Mietverhältnisses zum Ende dieses

Jahres. Leider, so Weiß, stünden Antworten aus München aber noch aus. „Unsere letzte Hoffnung ist nun, dass der Vermieter des Gebäudes – ein Riedener Bürger – von sich aus

noch zum 31. Dezember dieses Jahres bei der Regierung kündigt“, sagte Weiß auf Nachfrage der AZ. Sie habe bereits Gespräche mit ihm geführt, die jedoch wenig konstruktiv gewesen seien. Ihm sei nicht bewusst, so vermutet sie, dass bei einer Weiterführung des Mietverhältnisses Kosten auf ihn zukommen könnten: Die Regierung von Schwaben habe nämlich auch bauliche Verbesserungen an dem Flüchtlingsheim zugesagt, jedoch nicht erklärt, wer die Kosten dafür zu tragen hat. „Es kann durchaus passieren, dass dabei auch der Vermieter finanziell mit in die Pflicht genommen wird“, sagte Weiß.

Auch der Kaufbeurer Landtagsabgeordnete Bernhard Pohl (FW) hat in einem erneuten Schreiben an Bayern Sozialministerin Emilia Müller die Schließung der Unterkunft gefordert. Eine Unterschriftenliste, auf der sich mittlerweile 400 Riedener Bürger für eine Schließung des Heims ausgesprochen haben sollen, werde in den kommenden Tagen an die Ministerin geschickt.

Beraten wurde in der Gemeinderatssitzung zudem über die Neuerlasse der Satzungen für Kostenersatz gemeindlicher Feuerwehren, die Erhebung eines Erschließungsbeitrages und der Bauantrag der katholischen Kirchenstiftung St. Josef der Arbeiter in Zellerberg zum Neubau

**„Unsere letzte Hoffnung ist nun, dass der Vermieter des Gebäudes von sich aus noch zum 31. Dezember dieses Jahres bei der Regierung kündigt.“**

Bürgermeisterin Inge Weiß

einer Außentreppe. Kämmerer Hans Hartmann erläuterte, dass nach vielen Streitfällen und Gerichtsverfahren der Gemeindetag Richtlinien für Bescheide für Feuerwehreinsätze und

andere Leistungen der gemeindlichen Feuerwehren erstellt habe.

Keine Kosten werden auch zukünftig bei Rettungseinsätzen für Menschen und Tiere in Rechnung gestellt. Die bestehende Satzung sei zehn Jahre alt und müsse dringend angepasst werden. Die Bürgermeisterin gab einen kurzen Überblick über die neuen Pauschalsätze für Streckenkosten, Ausrückstundenkosten, Arbeitsstundenkosten für feuerwehrtechnisches Gerät und Personalkosten. Neu aufgenommen wurden die Kosten für Sicherheitswachen. Einstimmig beschloss der Rat den Neuerlass der Satzung über Aufwendungs- und Kostenersatz



**Nach wie vor steht die von der Regierung betriebene Flüchtlingsunterkunft in Rieden in der Kritik.**

Foto: Mathias Wild

für Einsätze und andere Leistungen gemeindlicher Feuerwehren zum 1. Januar 2018.

Da im Pfarrheim im Obergeschoss des Gebäudes der Pfarrkirche St. Josef der Arbeiter bei Veranstal-

tungen bis zu 100 Personen angewendet sein können, ist für Notfallsituationen eine zusätzliche Fluchttreppe notwendig. Sie soll in den Innenhof führen und wurde einstimmig abgeseignet.